

ßen, und das 30 Jahre lang. Ein Drittel des Gases soll nach Südkorea geliefert werden, eine Verlängerung der Pipeline dorthin war geplant. Falls keine Einigung über den künftigen Abnahmepreis des Gases gefunden wird, könnte China die Abnahmemenge verringern, das Projekt bis 2007 verschieben oder es sogar ganz fallen lassen.

VERBRAUCHER IN RUSSLANDS OSTEN KAUFEN WENIGER CHINESISCHE WAREN

Während die sino-russischen Beziehungen sich auf höchster Ebene recht freundlich entwickeln, lässt sich dies von den Alltagskontakten an der Grenze nicht sagen. In den vergangenen Jahren kam es wiederholt zu russischen Protesten gegen chinesische Händler, so geschehen zuletzt im März diesen Jahres auf der Kamtschatka-Halbinsel. Jahrzehntlang waren die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik angespannt, was sich in der Einstellung der Bevölkerung niedergeschlagen haben dürfte. Zudem könnte das rasante Wirtschaftswachstum jenseits der Grenze bei einigen Russen nicht nur Bewunderung, sondern auch Neid und Selbstzweifel geweckt haben.

Nach einem schnellen Wachstum Anfang der 90er Jahre gehen die chinesischen Ausfuhren im Grenzhandel seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts zurück. Im chinesischen Hafen Heihe verdoppelte sich das Handelsdefizit zwischen 1998 und 2000 jährlich. In der Grenzstadt Blagoweschtsk finden sich Waren aus der Volksrepublik hauptsächlich auf so genannten Chinesenmärkten. Die Waren haben einen schlechten Ruf, werden mit Produktpiraterie und niedriger Qualität identifiziert. (BBC PF, 21.8., 22.08., 24.08.02; *China Online*, 27.02.01, 28.02.01, 19.3.02; FBIS, 21.08.02; NfA, 8.8., 9.8.02; XNA, 22.8., 23.8.02) -bö-

27 WTO-Beitritt bedroht 20 Mio. Arbeitsplätze in der Landwirtschaft

Unlängst erklärte das Arbeitsministerium, dass auf dem Land 160 Millionen Menschen ohne Beschäftigung seien. In ländlichen Gebieten leben 800 bis 900 Mio. der 1,3 Mrd. Chinesen. Das Agrarministerium in Beijing

rechnet mit dem Wegfall von weiteren 20 Mio. Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft infolge des Beitritts Chinas zur Welthandelsorganisation (WTO). (NfA, 8.3.02; XNA, 6.8.02)

In der ersten Jahreshälfte erzielte die Volksrepublik bei den Agrarprodukten einen Handelsüberschuss von 2,99 Mrd. US\$. Importe gingen um 8,5% auf 5,07 Mrd. US\$ zurück. Doch die Einfuhrzölle werden weiter sinken. Gleichzeitig erhöhen sich die technischen Handelsbarrieren in wichtigen Märkten wie Nordamerika, Europa und Japan. Das Zollamt der Hafenstadt Tianjin meldete, dass seit dem WTO-Beitritt im vergangenen November steigende Mengen an Lebensmittelexporten von den Bestimmungsländern mit Verweis auf technische Barrieren zurückgeschickt wurden. Dabei können sich diese Staaten etwa auf unzureichende Produktionsbedingungen oder Qualitätskontrollen berufen. (*China Online*, 8.4.02; XNA, 6.8.02)

FREIZÜGIGKEIT UND BESSERE VERSORGUNG FÜR LANDBEWohner GEFORDERT

Für Beobachter wie den Wirtschaftswissenschaftler Hu Angang liegt der Schlüssel zur Lösung des Problems der ländlichen Unterbeschäftigung in der Urbanisierung. Insbesondere die ländlichen Jugendlichen mit einem Schulabschluss sollten die Möglichkeit haben, Arbeit in den Städten zu suchen. Hu forderte eine „dritte Bauernbefreiung“ nach der Landreform in den 50er Jahren und der Abschaffung der Volkskommunen in den frühen 80er Jahren. Hierzu gehöre Freizügigkeit für die Landbevölkerung durch die Abschaffung des so genannten Hukou-Systems der Einwohnerregistrierung, dass zwischen Land- und Stadtbewohnern unterscheidet. Außerdem müsse das Niveau öffentlicher Dienstleistungen wie Bildung und Gesundheit auf dem Land ausgebaut werden. Investitionen in die ländlichen Gebiete seien eine Frage der Gerechtigkeit, und zudem ließe sich nur durch sie eines der größten Entwicklungshemmnisse Chinas beseitigen. (BBC, 13.08.02; FBIS, 8.08.02; XNA, 8.8.02)

Nach Angaben des Ministeriums für Arbeit und soziale Sicherheit haben mehr als 80 Millionen Menschen ihre Dörfer verlassen, um in den Städ-

ten nach Arbeit zu suchen. Es mehrten sich die Anzeichen dafür, dass in Teilen des Landes Erleichterungen für diese große Gruppe eingeführt und an der Abschaffung des Hukou-Systems gearbeitet wird (vgl. C.a., 2002/7, Ü 23). Shanghai, Beijing und Shenzhen lockerten bereits ihre zuvor sehr strengen Beschränkungen zum Erwerb einer Aufenthaltsgenehmigung. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ist es für die Volksrepublik entscheidend, dass Arbeitskräftereservoir auf dem Land zu qualifizieren und für produktive Tätigkeiten zu erschließen. Die Wertschöpfung eines Industriearbeiters ist im Durchschnitt zwei bis drei Mal höher als die eines Bauern. Und das Geld, das Wanderarbeiter nach Hause überweisen, bringt einen kleinen Teil des Wohlstandes der Küstenregionen in das Hinterland. Außerdem sichert der Zustrom der Arbeitskräfte vom Land die niedrigen Lohnkosten in den industriellen Zentren und damit den größten Wettbewerbsvorteil Chinas. (HB, 14.8.02) -bö-

Binnenwirtschaft

28 Chinesische Ökonomen erwarten 7,4% Wirtschaftswachstum für 2002

Eine Konsensprognose von einhundert chinesischen Volkswirten sieht das Wirtschaftswachstum der Volksrepublik im Gesamtjahr 2002 bei 7,4%, leicht über den 7,3% des Vorjahres. Vor allem wegen der ungünstigen Weltwirtschaftslage könnten die acht Prozent des Jahres 2000 nicht erreicht werden. Als Hauptfaktoren für das Wachstum nannten die vom „China Economic Performance Monitoring Center“ befragten Wirtschaftswissenschaftler die starke staatliche Investitionstätigkeit sowie die Entwicklung der Exporte. Auch das robuste Konsumverhalten trug zur positiven Entwicklung bei. (XNA, 28.8.02)

Weiterhin drücken die Zollsenkungen infolge des WTO-Beitritts die Preise. Der Index der Konsumentenpreise des Nationalen Statistikamts fiel im Juli um 0,9% gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Dienstleistungen trotz-

ten dem deflationären Trend und wurden im Durchschnitt 1,5% teurer. Die Mieten stiegen mit 3,8% besonders stark. Dagegen verbilligten sich Konsumgüter um 1,7%. Noch deutlicher war die Entwicklung bei den Erzeugerpreisen, die im Juli um 2,3% fielen. In den ersten sieben Monaten sanken die Erzeugerpreise um 3,2% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. (NfA, 14.8.02; XNA, 14.8., 20.8.02)

Unterdessen hat die Zentralregierung angekündigt, den Konsum zu stützen, unter anderem durch neue Richtlinien für den Kauf von Automobilen. Außerdem geht die Regierung gegen steigende Kosten für das Hochschulstudium vor, indem auf Provinzebene Obergrenzen festgelegt werden. In Beijing dürfen Universitäten pro Jahr Studiengebühren zwischen 4.200 und 6.000 Yuan (525 bis 750 US\$) von den Studierenden verlangen. Handlungsbedarf sieht der Staatsrat ebenfalls bei der Infrastruktur für den Tourismus und beim Bau von Wohnungen für untere Einkommensgruppen. (XNA, 3.8., 28.8.02)

Einen deutlichen Anstieg gab es bei der Industrieproduktion, die im Juli um 12,8% zunahm und einen Wert von 256,8 Mrd. Yuan (31 Mrd. US\$) erreichte. In den ersten sieben Monaten stieg sie auf 1,7 Billionen Yuan (193 Mrd. US\$), ein Plus von 11,8% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. (XNA, 10.8.02; NfA, 12.8.02)

STATISTIKBÜRO WARNT VOR SCHWEREN PROBLEMEN DURCH PROJEKTCHAOS

Die Anlageinvestitionen sind in den ersten sieben Monaten um 24,1% angestiegen, auf einen Wert von 1.379 Mrd. Yuan (167 Mrd. US\$). Die Infrastrukturinvestitionen erhöhten sich von Januar bis Juli um 23,6% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Dagegen verlangsamten sich die Investitionen im Dienstleistungsbereich. In der verhaltenen Investitionstätigkeit des privaten Sektors sehen chinesische Ökonomen eines der Hauptprobleme für die Wirtschaft. (XNA, 2.8., 17.8.02)

Selbst hohe Regierungsstellen sehen die Gefahr enormer Fehlallokationen durch die sprunghafte Ausweitung der staatlichen Investitionstätigkeit. Das Nationale Statistikamt warnt vor

schweren Problemen wegen eines Mangels an Koordination von Projekten. Unzureichende Planung könne zu einer Anhäufung von teuren, aber verlustbringenden staatlichen Investitionen führen. Zur Illustration werden in einem Bericht des Statistikamts die 143 chinesischen Flughäfen angeführt, von denen 127 Verluste erwirtschafteten. Diese Angaben decken sich mit Zahlen des Zentrums für Asiatisch-Pazifische Luftfahrt in Sydney, einem Beratungsunternehmen. Demnach sind 90% der Flughäfen in der Volksrepublik nicht profitabel, das Aufkommen an Passagieren und Luftfracht ist zu gering. Das Statistikamt warnt auch vor einem Überangebot an Industriegebieten und Entwicklungszonen, wohl bedingt durch den starken Wettbewerb zwischen regionalen und lokalen Verwaltungen. Dadurch gehe landwirtschaftlich nutzbares Land verloren. (*The Hongkong Standard*, 3.8.02)

Die Konjunkturprogramme seit der Asienkrise von 1998 seien eine stetig wachsenden Belastung für den Haushalt, und könnten auch die durch Überkapazitäten gezeichnete Gesamtlage nicht grundsätzlich ändern, schrieb Zhang Liqun in der Zeitschrift *Beijing Liaowang*. Es gebe eine wachsende Diskrepanz zwischen dem Wirtschaftswachstum und der schlechten Haushaltslage. Auch sei der Anstieg der Unternehmensgewinne nicht im Einklang mit den hohen Wachstumsraten. Schließlich sei das Wachstum nicht mehr im Einklang mit Maßnahmen zur Sicherung der gesellschaftlichen Stabilität.

Zhang ist Forscher am Zentrum für Entwicklungsstudien des Staatsrats. Dass er seine Forderung nach einer Anpassung der Wirtschaftspolitik in einer Publikation der ebenfalls dem Staatsrat unterstellten Nachrichtenagentur Xinhua äußern darf, lässt auf einen gewissen Rückhalt seiner Positionen in Regierungskreisen schließen. Zhang fordert eine größere Rolle für nichtstaatliche Investitionen und sieht gute Voraussetzungen für eine solche Entwicklung, insbesondere das robuste Konsumverhalten der chinesischen Verbraucher, die positiven Auswirkungen der Unternehmensreform und die Entstehung von nichtstaatlichen Finanzinstitutionen. Daher solle sich die Fiskalpolitik in Zukunft auf den Erhalt der gesellschaftlichen Sta-

bilität konzentrieren, indem Ausgaben für soziale Sicherheit und die Förderung der Bevölkerungsgruppen mit geringem Einkommen erhöht werden. Es gelte den Finanzsektor zu reformieren, bevor er für die internationale Konkurrenz geöffnet werde, um so die akuten Schwierigkeiten der kleinen und mittleren Unternehmen bei der Aufnahme von Fremdkapital zu lindern. Die Ausgabe von Staatsanleihen zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten müsse schrittweise zurückgefahren werden. (FBIS, 13.8.02)

Die Hongkonger Tageszeitung *Wen Wei Po* berichtet, dass Ministerien und Kommissionen des Staatsrats derzeit untersuchen, in welchem Ausmaß künftig Staatsanleihen ausgegeben und zu welchem Zweck die Mittel eingesetzt werden sollen. Nach einer anonym zitierten Quelle könne die aktive Fiskalpolitik mittel- bis langfristig fortgesetzt werden. Bei ihrer Einführung 1998 waren die anleihefinanzierten Konjunkturprogramme als kurzfristige Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Asienkrise konzipiert worden.

Ein ebenfalls nicht namentlich genannter Regierungsexperte verwies auf den am 8. November 2002 beginnenden 16. Parteitag und den erwarteten formellen Führungswechsel. Starkes Wirtschaftswachstum sei im ersten Jahr nach dem Parteitag besonders wichtig, weshalb die expansive Fiskalpolitik 2003 mit Sicherheit fortgesetzt werde. Unklar ist noch, in welchem Umfang Infrastrukturanleihen ausgegeben werden sollen. (FBIS, 16.8.02)

Begründete Sorgen um die Ineffizienz vieler staatlicher Investitionen werden die Infrastrukturprogramme auf kurze Sicht nicht stoppen, zumal die von Zhang Liqun in den Vordergrund gestellte Entwicklung eines nichtstaatlichen Bankensektors noch kaum begonnen hat, und auch seine äußerst optimistische Einschätzung der nichtstaatlichen Investitionstätigkeit von anderen Beobachtern nicht geteilt wird. -bö-

29 Währungsfonds lobt Fortschritte bei Chinas Statistik

Als das Team des Internationalen Währungsfonds (IWF) Anfang August die jährlichen Beratungen mit

dem Mitgliedsland China abschloss, lobten die aus Washington entsandten Ökonomen in ihrem Bericht den „beachtlichen Fortschritt bei der Verbesserung von Chinas Wirtschaftsstatistik“. In Beijing sagte die Leiterin der IWF-Statistikabteilung Carol Carson, dass China auf dem Gebiet der Statistik in den vergangenen 50 Jahren beeindruckende Fortschritte gemacht habe. Dieses auf den zweiten Blick eher verhaltene Lob nahm die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua zum Anlass für die Meldung „China's statistics open, transparent, says IMF official“, deren optimistische Überschrift durch die Aussagen des Währungsfonds nicht gestützt wird.

Anlass für die lobenden Worte aus Washington ist die Selbstverpflichtung Beijings, in Zukunft die Standards zur Datenverbreitung des IWF (General Data Dissemination Standards, GDDS) einzuhalten. Im Internet sind Details der Verpflichtungen mit Zeithorizonten einzusehen unter <http://dsbb.imf.org/gddsweb/country/chnindex.htm>. Dort findet sich eine Beschreibung der offiziellen Statistik der Volksrepublik. Anders als von Xinhua vermeldet werden dort weder jetzt noch in Zukunft ökonomische Daten abrufbar sein.

Chinas statistische Basisdaten seien verlässlich, sagte der Vizedirektor des Nationalen Statistikamts Qiu Xiaohua bereits im Juli. Er wandte sich gegen die Kritik einiger ausländischer Wirtschaftswissenschaftler, insbesondere gegen Theorien über den Zusammenbruch Chinas. Mehr als zwei Millionen Statistiker im ganzen Land würden über ausreichend professionelle Kompetenz verfügen. Der Direktor des Statistikamts Zhu Zhixin sprach im August dagegen von 80.000 qualifizierten Statistikern.

IWF ERWARTET KONSUMBELEBUNG IN DER ZWEITEN JAHRESHÄLFTE

Im Gesamtjahr 2002 erwartet der Währungsfonds für China ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 7,5%. Nach der Verlangsamung im Jahr 2001 habe sich die Wirtschaft Anfang 2002 erholt, vor allem wegen eines Wiederanziehens der Exporte und wegen der öffentlichen Investitionen. Der Anstieg des Verbrauchs verlangsamte sich jedoch. Der deflationäre

Trend seit Ende 2001 setzte sich Anfang dieses Jahres fort. Neben temporären Ursachen wie den Zollsenkungen infolge des Beitritts zur Welthandelsorganisation sieht der IWF hierfür auch langfristige Gründe wie den Angebotsüberhang in einigen Branchen. Für das zweite Halbjahr gehen die Washingtoner jedoch davon aus, dass der Konsum anzieht und sich der nach unten gerichtete Preisdruck abmildert. Für 2003 prognostiziert der Währungsfonds ein BIP-Wachstum von 7,3%. Weiter verbessert habe sich die außenwirtschaftliche Position. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres erreichten die Währungsreserven 250 Mrd. US\$, ein Anstieg um 31 Mrd. US\$. Der Handelsbilanzüberschuss werde in diesem wie im vergangenen Jahr 1,5% des BIP betragen, sich 2003 jedoch auf 1% verringern.

Fortschritte erkennt das IWF-Länderteam bei der Stärkung der Steuerverwaltung und der Ausweitung der Steuerbasis. Verbesserungen im Bankwesen, insbesondere beim Risikomanagement, wurden ebenfalls begrüßt. Hauptrisiken lägen bei der mittelfristigen finanziellen Stabilität und bei der Bewältigung sozialer Folgen von Reformen. (FBIS, 8.7., 18.7.02; XNA, 8.8.02; BBC EF 12.8.02; IWF, www.imf.org/external/np/scc/pn/2002/pn0297.htm, Aufruf: 3.9.02) -bö-

30 Supermärkte der großen Ketten verdrängen die alten Straßenmärkte

Im chinesischen Einzelhandel geht der Trend eindeutig hin zu den Supermärkten der großen Ketten und weg von den offenen Märkten mit ihren vielen kleinen Ständen. Dies zeigt eine Studie der Kommission für Wirtschaft und Handel des Staatsrats (State Economic and Trade Commission, SETC). Einwohner der Metropole Shanghai tätigen bereits 60% ihrer Lebensmittelausgaben in Supermärkten. Für die Mehrheit der chinesischen Konsumenten ist es jedoch nicht möglich, alle Einkäufe in einem Geschäft zu erledigen, wie das Marktforschungsunternehmen AC Nielsen festgestellt hat.

Um 43% stiegen im vergangenen Jahr die Umsätze der zwanzig größten Supermarktketten (siehe Tabelle 2). Marktführer ist das Unternehmen Shanghai Lian Hua, das Ende 2001 über 2.225 Läden verfügte und dort einen Jahresumsatz von 1,7 Mrd. US\$ erwirtschaftete. Hualian Supermarkets verbesserte sich von Rang drei auf Rang zwei, Beijing Hualian rückte vom fünften auf den dritten Platz vor. Der Einzelhandel insgesamt blieb weit hinter den eindrucksvollen Zahlen der großen Ketten zurück und erreichte mit einem Umsatzplus von 10% genau die Zielvorgabe der Regierung. In der ersten Jahreshälfte 2002 wurde das staatliche Umsatzziel dagegen unterschritten, das Wachstum betrug 8,6%. Im Juli blieb die Wachstumsrate konstant und der Einzelhandel setzte 37,4 Mrd. US\$ um. Grund für diese Entwicklung könnten die steigende Arbeitslosigkeit sein sowie die Erwartung weiter sinkender Preise. Trotz dieser Umstände steigerten die zwanzig größten Ketten ihre Umsätze in der ersten Jahreshälfte um 44,9% auf 7,63 Mrd. US\$.

Ein wichtiger Faktor für die Umsatzzuwächse war laut AC Nielsen die Modernisierung des Einzelhandels, der Aufbau von Supermärkten und Kaufhäusern. Die Anzahl der Filialen der zwanzig großen Ketten stieg auf 5.997, das sind 59,24% mehr als im Vorjahreszeitraum. Dennoch sind die Strukturen des Handels im internationalen Vergleich rückständig, was zu relativ hohen Gesamtkosten der Distribution führt. George Desvaux vom Beratungsunternehmen McKinsey in Beijing sieht die Hauptübel in der horizontalen und vertikalen Zersplitterung des Vertriebs sowie in schlechten Informations- und Dokumentationssystemen. Hohe Lagerkosten, geringe Umschläge oder entgangene Aufträge seien die Folge.

METRO UND WAL-MART WOLLEN ZAHL DER FILIALEN IN CHINA VERDOPPELN

Wie sehr Regierungsstellen bei der dringend notwendigen Modernisierung des Einzelhandels auf Impulse von ausländischen Konzernen hoffen, machte der Bürgermeister von Tianjin deutlich. Ende August lud er Vertreter der drei weltweit tä-

Tabelle 2: Chinas zwanzig größte Ladenketten 2001

Platz	Name der Ladenkette	Umsatz in Mrd. RMB	Steigerung zum Vorjahr in %	Anzahl der Filialen	Steigerung zum Vorjahr in %
1	Shanghai Lianhua Supermarkets	14,06	26,2	1.225	29,0
2	Shanghai Hualian Supermarkets	8,50	51,7	818	19,9
3	Beijing Hualian United Supermarkets	8,00	60,0	42	68,0
4	Shanghai Agricultural Industrial & Commercial Supermarket	7,47	38,4	315	115,8
5	Shandong Sanlian	7,02	32,3	177	98,9
6	Beijing Guomei Electronics Ltd.	6,15	119,8	74	124,2
7	Sogo Supermarkets	5,28	31,4	663	59,4
8	Baisheng China Investment Corp. (Parkson)	5,20	24,0	635	38,3
9	Shanghai Jinjiang Maidelong (Metro)	4,94	32,2	15	87,5
10	Huarui Wanjia	4,64	34,9	344	42,2
11	Suning Electric Appliances Chain Group	3,99	23,4	91	250,0
12	Tianjin Jiashijie (Family World) Group Ltd.	3,26	47,8	28	40,0
13	Jiangsu Wenfeng Dashijie (Big World) Chain Development Co. Ltd.	3,14	47,6	17	54,6
14	Jiangsu Wuxing (Five Star) Electronics Ltd.	2,54	74,4	66	26,9
15	Beijing Wumei Commercial Group	2,52	97,4	199	21,8
16	Beijing Jingkelong	1,89	33,9	57	5,6
17	Shenzhen Xinjia Supermarket	1,89	148,4	16	128,6
18	Shanghai Yongle Household Electric Appliances	1,86	48,4	21	61,5
19	Wuhan Zhongbai Group	1,78	41,6	84	1.100,0
20	Shanghai Jieqiang Tobacco Sugar and Wine Chain Co. Ltd.	1,71	19,9	240	20,0
	Gesamt	95,92	43,0	5.127	20,0

Quelle: CEN nach *China Nachrichten*, 2/02.

tigen Einzelhandelsunternehmen Metro, Wal-Mart und Carrefour ein, ihn zu beraten, ihr Engagement in seiner Stadt beizubehalten und fortschrittliche Management- und Marketingmethoden einzuführen. Tatsächlich wird die Metro in Tianjin 17 Mio. US\$ investieren, um Anfang 2003 ihren 16. Mitgliedermarkt in China zu eröffnen. In den nächsten drei bis fünf Jahren will Metro mit 50 Filialen im Land vertreten sein.

Carrefour hat die Gründung eines Joint Ventures vereinbart, um vier weitere Supermärkte in Tianjin zu errichten, was deren Gesamtzahl auf sieben erhöhen würde. Insgesamt besitzt die französische Kette in China 27 Supermärkte. In der nordöstlichen Provinz Liaoning musste Carrefour Anteile von mindestens 35% an zwei Läden verkaufen, nachdem die Staatliche Kommission für Handel und Wirt-

schaft im Juni auf die Einhaltung eines Gesetzes von 1999 gedrängt hatte, laut dem ausländische Handelsketten nicht mehr als 65% der Anteile an Supermärkten in China halten dürfen. Weitere ausländische Unternehmen verstoßen nach Angaben der SETC gegen diese Regel und werden daher Anteile verkaufen müssen.

In der Westprovinz Xinjiang baut der drittgrößte US-Einzelhändler Price-mart für 8,43 Mio. US\$ einen Supermarkt. Mit bisher 30 Märkten erzielte Pricemart in China vergangenes Jahr einen Umsatz von 480 Mio. US\$. Der US-Marktführer Wal-Mart strebt an, Ende 2003 44 Filialen in China zu haben. Bereits 1996 hat Wal-Mart in der Sonderwirtschaftszone Shenzhen ein Einkaufszentrum eröffnet. Von den derzeit 20 Filialen des Unternehmens befinden sich sieben in Shenzhen.

Guten Zuspruch von internationalen Handelsketten hatten im Frühjahr Einkaufsmessen in den Städten Tianjin und Nanjing. Die größte Einkaufsmesse des Landes findet zwei Mal jährlich in Guangzhou statt. In Südchina, vor allem in der Provinz Guangdong tätigte etwa Wal-Mart den größten Teil seiner Einkäufe, die im vergangenen Jahr ein Volumen von 10,4 Mrd. US\$ erreichten. Nun hat Wal-Mart seine Einkaufszentrale von Hongkong nach Shenzhen verlegt. Der Konkurrent Carrefour kaufte im selben Jahr Waren für 3,5 Mrd. US\$ in China ein und will diesen Wert bis 2003 verdoppeln.

OBI PLANT 100 BAUMÄRKTEN IN DEN NÄCHSTEN ZEHN JAHREN
Die deutsche Baumarktkette Obi möchte bis 2012 in den Bau von 100 Filialen die Summe von 1 Mrd. Euro investieren. Derzeit gibt es in

China vier Obi-Märkte. Die Tengelmann-Tochter hat ein Joint Venture mit dem chinesischen Haushaltsgeräte-Hersteller Haier gegründet. So soll die Geschwindigkeit der Expansion von bisher vier neuen Märkten pro Jahr deutlich gesteigert werden. Die Partner bringen jeweils die Hälfte des Eigenkapitals von 350 Mio. Euro in das Gemeinschaftsunternehmen ein. In den Filialen sollen außer Heimwerkerbedarf auch Haushaltsgeräte der Marke Haier verkauft werden. Ziel ist eine Umsatzrendite von 5% wie in den europäischen Märkten. Noch muss die Zentralregierung in Beijing das Joint Venture allerdings genehmigen. (*Biz.org*, 23.7., 14.8.02; CD, 22.03., 12.4., 23.04., 20.8., 10.9.02; *China Nachrichten*, 1/02, 2/02; *Financial Times Deutschland*, 8.8.02; HB, 10.9.02; IHT, 15.8.02; XNA, 6.8., 29.8., 30.8.02) -bö-

31 Ausländer sehen unverändert hohes Niveau der Korruption

Nach dem jüngsten Bericht der gemeinnützigen Organisation Transparency International ist das Niveau der Korruption von Beamten und Funktionären in China, so wie es ausländische Forscher und Geschäftsleute wahrnehmen, unverändert hoch. Der Bericht basiert auf Umfragen zur Korruptionswahrnehmung, gibt also subjektive Einschätzungen wieder. Es handelt sich um die umfangreichste vergleichende Untersuchung eines Problems, zu dem kaum verlässliche Daten vorliegen.

In einer Liste der 102 betrachteten Länder findet sich die Volksrepublik auf Platz 59, mit einem Indexwert von 3,5. Die Skala reicht von 10 (hochgradig sauber) bis 0 (hochgradig korrupt). Der chinesische Wert ist unverändert im Vergleich zum Jahr 2001. Als noch höher gilt das Niveau der Korruption in den Staaten Zentralasiens, die Werte zwischen 2 und 3 erreichen.

Indonesien landete mit 1,9 Punkten auf Platz 96. Singapur dagegen gehört mit einem Wert von 9,3 zu den als am wenigsten korrupt betrachteten Ländern der Welt (Platz 5). Und die Sonderverwaltungsregion Hongkong (8,2 Punkte, Platz 14) erreichte einen

leicht positiveren Wert als die USA (7,8 Punkte, Platz 15). Taiwan liegt mit 5,6 knapp vor Italien mit 5,2 Punkten (Platz 29 und 31). (*AWSJ*, 29.8.02; www.transparency.org)

Bereits im Mai diesen Jahres dokumentierte das chinesische Wirtschaftsmagazin *Caijing* sehr ausführlich eine Studie der Weltbank-Ökonomen Daniel Kaufmann und Joel Hellmann, die eine besondere Bedeutung der Korruptionsbekämpfung für Übergangsgesellschaften belegen soll. Denn Korruption vermindere einheimische und ausländische Investitionen und behindere insbesondere die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen. Korruption sei die Folge mangelnder Transparenz und unvollständiger Wirtschaftsreformen. Sie reduziere die Steuereinnahmen, indem sie die Entstehung einer Schattenwirtschaft fördere. (*Caijing*, 5.5.02)

ZENTRALREGIERUNG BEGINNT KAMPAGNE GEGEN STEUERHINTERZIEHUNG

Den Zusammenhang zwischen Korruption und Steuerhinterziehung betonte unlängst Hu Angang. Der Wirtschaftswissenschaftler, der in der Vergangenheit für eine Stärkung der Zentralregierung und für politische Reformen eingetreten war, kritisierte, dass eine beträchtliche Zahl von Privatunternehmern durch verdeckte oder illegale Geschäfte und vor allem durch Steuerhinterziehung zu schnellem Reichtum gekommen seien. Insbesondere die Einnahmen Chinas aus der Einkommensteuer, die im Jahr 2000 nur 0,56% des Bruttoinlandsprodukts betragen hätten, seien im Vergleich mit anderen Entwicklungsländern sehr niedrig. Hu trat für eine Reform des Steuersystems und für eine strengere Kontrolle insbesondere der höheren Einkommensgruppen ein. (*FBIS*, 23.8.02)

Die Staatliche Steuerverwaltung hat bereits eine landesweite Kampagne angekündigt, um gegen Einkommensteuerhinterziehung vorzugehen. Nur 5% der Chinesen zahlen Einkommensteuer, die erst ab einem Jahreseinkommen von über 1.200 US\$ erhoben wird. Nach Angaben des Steuerrechtlers Luo Gan von der Volksuniversität in Beijing ist die Belastung nach internationalen Maßstäben ge-

ring. Ein Jahreseinkommen von 50.000 US\$ würde mit knapp 20% besteuert.

Die Einnahmen aus der Einkommensteuer sind von 566 Mio. US\$ im Jahr 1993 auf 12 Mrd. US\$ im Jahr 2001 gestiegen. Dennoch halten Experten die Hinterziehung der Einkommensteuer für weit verbreitet. Die Steuerverwaltung wird ein landesweites System aufbauen, um die Bezieher hoher Einkommen zu überwachen. Im August hatten Steuerbeamte zunächst eine Reihe von prominenten Sportlern und Künstlern, dann auch Anwälte, Wirtschaftsprüfer und Ausländer kontrolliert. Ein großes Medienecho fand zu Beginn der Kampagne die Verhaftung der Schauspielerin und Unternehmerin Liu Xiaoqing am 20. Juni 2002. Beobachter vermuten, dass die Regierung mit der Kampagne ein Ventil schaffen will für den weit verbreiteten Unmut über die wachsende soziale Ungleichheit. (*SCMP*, 20.8.02; XNA, 8.8., 13.8., 23.8.02) -bö-

32 Börsenaufsicht favorisiert Verkauf von Staatsaktien an Ausländer

An den Börsen in China sind hauptsächlich Staatsunternehmen notiert. Zwei Drittel der Marktkapitalisierung von 560 Mrd. US\$ ist in staatlicher Hand. Erst im Juni hat die Regierung den Plan verworfen, Staatsaktien in den Handel zu bringen, nachdem die Aktienkurse als Reaktion auf das Vorhaben stark gefallen waren. Die Erlöse aus dem Verkauf der Staatsanteile werden zur Finanzierung des Rentensystems benötigt. Ende August sagte ein Sprecher der Börsenaufsicht (China Securities Regulatory Commission, CSRC), es sei wahrscheinlich, dass die Regierung ausländischen Unternehmen solche Staatsanteile zum Kauf anbieten will. Einem solchen Vorschlag müsste außer der CSRC das Finanzministerium und das Ministerium für Wirtschaft und Handel sowie der Staatsrat zustimmen.

Das Potenzial sei riesig, wenn der Preis stimme, sagte Huang Yiping, Chefvolkswirt der Bank Salomon Smith Barney in Hongkong. Bisher sind ausländische Investoren auf das Dollar-notierte B-Segment in Shanghai und auf H-Aktien von festländischen Unternehmen an der Börse

CHINA aktuell

Hongkong beschränkt. Doch die nicht handelbaren Staatsaktien wären nur attraktiv, falls sie mit einem Abschlag zu den derzeit sehr hohen Aktienkursen im A-Segment angeboten würden. (AWSJ, 30.8.02)

GROSSANLEGER DÜRFEN KÜNFTIG AKTIENPAKETE AM B-MARKT HANDELN

China hat die Gesetze für ausländische institutionelle Anleger im B-Segment dahingehend geändert, dass die Großanleger ihre Aktienpakete künftig handeln dürfen. Bislang konnten sie nur Dividenden abschöpfen. Auch künftig gelten strenge Auflagen. So müssen die Aktien mindestens zwölf Monate gehalten werden und das gezeichnete Unternehmen muss länger als zwei Jahre Gewinne ausweisen, bevor die B-Aktien-Pakete gehandelt werden dürfen. (FAZ, 22.8.02)

WERTPAPIERHÄUSERN DROHT SCHLIESSUNGSWELLE

Die Börsenaufsicht hat erstmals ein Wertpapierhaus wegen schweren Unregelmäßigkeiten geschlossen. Das Brokerhaus Anshan Securities wird von der Zentralbank liquidiert, gab die CSRC bekannt. Legale Verpflichtungen würden bedient.

In China sind derzeit über 100 Wertpapierhäuser im Wertpapierhandel und bei der Begleitung von Börsengängen aktiv. Bis auf das im August 2002 gegründete Unternehmen Minsheng Securities sind alle im Staatsbesitz und melden ihre Ergebnisse der CSRC. Im vergangenen Jahr fielen die Gewinne um 70% auf 6,5 Mrd. Yuan. Für die ersten fünf Monate des Jahres meldeten 90% der Wertpapierfirmen Verluste. Im selben Zeitraum sank das Volumen von Initial Public Offerings (IPO) um 54%, und das Handelsvolumen ging stark zurück. Eine Konsolidierung der Branche steht bevor, ebenso wie vermutlich weitere Firmenschließungen durch die Aufsichtsbehörden. (FT, 1.8.02; SCMP, 20.8.02; ST, 13.8.02) -bö-

SVR Hongkong**33 Direktor des chinesischen Verbindungsbüros in Hongkong nach Beijing abberufen**

Jiang Enzhu, der Direktor des Verbindungsbüros der chinesischen Regierung in Hongkong, ist aus der Sonderverwaltungsregion abgezogen worden. Jiang, der das Amt des höchsten Vertreters Chinas in Hongkong fünf Jahre lang bekleidet hat, ist gemäß einer Entscheidung des Staatsrats für das Amt eines stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für internationale Belange des Nationalen Volkskongresses in Beijing vorgesehen.

Nachfolger ist Jiang Enzhus bisheriger Stellvertreter Gao Siren, der am 21. August vom Hongkonger Regierungschef Tung Chee-hwa offiziell begrüßt wurde. Tung würdigte die Leistungen des 64-jährigen Jiang Enzhu während der vergangenen Jahre mit den Worten: „The Liaison Office has made every effort to promote exchanges and contacts between the mainland and Hong Kong, and has enhanced Hong Kong people's understanding of our country, helping us affirm our new identity with the reunification.“

Die volksrepublikanischen Medien waren bemüht, die Neubesetzung des Amtes als „normale“ personalpolitische Entscheidung darzustellen. Angesichts der Tatsache, dass Jiang Enzhu im Dezember dieses Jahres das Ruhestandsalter von 65 Jahren erreichen wird, dürfte diese Darstellung im Wesentlichen zutreffend sein, auch entspricht die Zuweisung eines stellvertretenden Ausschussvorsitzes im NVK durchaus üblichen Gepflogenheiten.

Zahlen, die im Rahmen der offiziellen chinesischen Pressemeldungen zur Würdigung der großen Verdienste Jiang Enzhus bei der Leitung des Verbindungsbüros seit 1997 genannt wurden, geben einen aufschlussreichen Eindruck von der Intensität des offiziellen Besucherverkehrs zwischen dem Festland und Hongkong. So organisierte das Verbindungsbüro während der vergangenen fünf Jahren unter anderem Reisen von mehr als 4.000 De-

legationen und Besuchergruppen mit insgesamt rund 170.000 Mitgliedern aus Hongkong auf das Festland sowie von mehr als 2.500 Delegationen mit rund 50.000 Mitgliedern vom Festland in die Sonderverwaltungsregion. (XNA, 22.8.02; Zhongguo Xinwen She, 21.8.02, nach BBC PF, 22.8.02; Radio Television Hong Kong, Radio 3, 21.8.02, nach BBC PF, 21.8.02; DGB, 30.8.02, nach BBC PF, 31.8.02) -hol-

34 Falungong-Demonstranten zu Geldstrafen verurteilt

Mitte August ist in Hongkong ein international beachtetes Urteil zum Fall von 16 Falungong-Anhängern ergangen, die im März dieses Jahres während einer Demonstration wegen Störung der öffentlichen Ordnung festgenommen worden waren (C.a, 2002/3, Ü 31).

Das Gericht verurteilte die 16 Personen, darunter elf Einwohner der Sonderverwaltungsregion, vier Schweizer und einen Neuseeländer, zu Geldbußen zwischen 1.300 und 3.800 HKD (ca. 170-500 Euro). Ihnen allen wurde zur Last gelegt, durch ihre Protestaktion vor dem Gebäude des Verbindungsbüros der chinesischen Regierung in Hongkong am 14. März die öffentliche Ordnung beeinträchtigt zu haben, neun von ihnen wurden außerdem beschuldigt, die Polizei behindert, und schließlich drei, die Polizei angegriffen zu haben. Angesichts einer möglichen Maximalstrafe von zwei Jahren erscheinen die Strafmaße moderat. Aufsehen erregte allerdings die Tatsache, dass hiermit erstmals in der Geschichte der Sonderverwaltungsregion ein Gerichtsurteil gegen Falungong-Anhänger erging.

Richter Symon Wong erklärte, dass das Demonstrationsrecht der Hongkonger Bürger sicherlich durch das Gesetz geschützt würde, es sich dabei aber nicht um „absolute Rechte“ handle, da es die Demonstranten nicht davon entbinde, sich gesetzestreu zu verhalten. Für die Angeklagten war die Urteilsbegründung moralisch insofern besonders demütigend, als der Richter die Falungong-Anhänger als „ausweichend“, „unwahrhaftig“ und „infantil“ charakterisierte, während er das Verhalten der beteiligten Polizisten mit den Worten rechtfertigte: „Sie verhiel-